

Landesasylheime im Winter für Obdachlose öffnen

Während etliche Flüchtlingsunterkünfte halb leer sind, lässt der grüne Soziallandesrat Heinrich Schellhorn österreichische Obdachlose im Schneefall stehen. FPÖ-Klubobfrau Marlene Svazek forderte daher erneut die Öffnung der Landesasylheime für Obdachlose im Winter. **S. 13**



Foto: FPÖ Salzburg

Der rot-weiß-rote Reformzug rollt!

Regierungskoalition zog positive Bilanz über ein Jahr Reformarbeit für Österreich **S. 2/3**



Medienkampagne gegen die Sicherheit der Österreicher

Niederösterreichs ÖVP schließt Heim für „schutzbedürftige“ Jungkriminelle – **S. 4/5**

PARLAMENT

Aus für Plastiksackerl

Ab 2020 sollen Kunststofftragetaschen, die nicht biologisch abbaubar sind, verboten werden. Neben diesem „Plastiksackerl“-Verbot will die Koalition in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft weitere Maßnahmen zur Verringerung des Plastikmülls erarbeiten. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

„Blackout“-Förderung?

Mit bis 290 Milliarden Euro jährlich will die EU-Kommission die deutsche Energiewende auf EU-Ebene nachvollziehen. Aber mit dem wachsendem Anteil erneuerbaren Stroms sinkt die Netzsicherheit und steigt die Gefahr eines EU-weiten Blackout. **S. 8/9**

WIEN

Gegen die SPÖ-Lügen

Mit Falschmeldungen zur Mindestsicherung Neu versucht die Wiener SPÖ die Bevölkerung zu verunsichern. Sozialministerin Beate Hartinger-Klein und Klubobmann Johann Gudenus stellten jetzt klar: Alles falsch, es gibt mehr Fairness für die Wiener. **S. 11**

MEDIEN

Qualitätslos

Um die TV-Nachrichtenabteilung des ORF muss es schlecht bestellt sein. Diese kann sich anscheinend keine eigene Recherche mehr leisten und muss auf „Fremdquellen“ zurückgreifen. Das Ergebnis: Ein Skandal, wie das „ZIB-2-Interview“ mit Gottfried Waldhäusl. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Als Innenministerin wurde Johanna Mikl-Leitner auf die österreichische Verfassung angelobt. 2015 hat sie auf Zuruf der deutschen Kanzlerin Angela Merkel das Gelöbnis außer Kraft gesetzt und die Grenzen geöffnet.

In Merkels Fußstapfen

Als Dankeschön für die Komplizenschaft erbte die Republik 90.000 Asylanträge, eine beachtliche Zunahme bei Eigentumsdelikten, Rauschgifthandel, Körperverletzungen, Vergewaltigungen und Mord.

Und das alles, weil Angela Merkel und Johann Mikl-Leitner in erster Linie keine schlechte Presse haben wollten.

2018 wiederholt sich das traurige Schauspiel, diesmal auf Ebene der niederösterreichischen Landesregierung.

Weil Asylindustrie, SPÖ, linke Medien und ein paar Herz-Jesu-Sozialisten der Alt-ÖVP für kriminelle, jugendliche Asylwerber den „Kinderschutz“ entdeckten, greift sie dem FPÖ-Landesrat ins Ruder und „befreit“ 14 polizeibekannte „Kinder“ aus dem Asylheim Drasenhofen.

Irgendwie scheint sie vergessen zu haben, das viele abscheuliche Verbrechen der letzten Jahre auf das Konto „polizeibekannter“ Asylwerber gegangen sind, und sich im Nachhinein jeder wunderte, wieso die eigentlich so frei herumlaufen konnten.

Während Merkel für ihre „Willkommenspolitik“ ihre Landsleute jedes Opfer in Kauf nehmen lässt, hat sich in Österreich mit der FPÖ in der Regierung der Wind gedreht. Diese Regierung arbeitet für ihre Bürger – und nicht für die Asylindustrie oder eine migrationsgeile Presse. Und was tun Sie, Frau Mikl-Leitner?

Gewählt, um zu regieren und

Vizekanzler HC Strache hob die professionelle Zusammenarbeit der Koalition

Ein Jahr ohne koalitionsinterne Streitereien und Drohungen? Lange hatte Österreich darauf warten müssen, dass eine Bundesregierung endlich wieder einmal das tut, wofür sie gewählt wurde: Für das Land zu arbeiten. Seit einem Jahr jedoch rollt der rot-weiß-rote Reformzug – und die Ein-Jahresbilanz kann sich sehen lassen.

Vor knapp einem Jahr, am 16. Dezember 2018 um 16.00 Uhr, hatten die beiden Bundesparteiobmänner Sebastian Kurz und HC Strache auf dem Wiener Kahlenberg erste inhaltliche Details zum Koalitionsvertrag und das künftige Regierungsteam präsentiert.

„Die Chemie stimmt. Wir können nicht alles anders machen, aber vieles besser“, kündigte der FPÖ-Chef damals an. Und er behielt recht, zum Leidwesen der Opposition, die – allen voran die SPÖ – sich bevorzugt in internen Querelen übte.

Trendwende geschafft

Die Trendwende in der österreichischen Politik wurde mit dem „Ende der Schuldenpolitik“ im ersten Doppelbudget eingeleitet, erinnerten Kurz und HC Strache unter Verweis auf den ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2019.

Dennoch habe die Bundesregierung spürbare Entlastungen für die Menschen geschaffen. Der FPÖ-Vizekanzler erinnerte an den „Familienbonus Plus“ und die Erhöhung der Mindestpensionen. „Wir entlasten konsequent die arbeitenden Menschen und jene, die es verdient haben, entlastet zu werden“, betonte HC Strache. Der Vizekanzler erinnerte auch an andere

Reformprojekte wie etwa die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger, aber auch die Investitionen im Sicherheitsbereich.

Mit 2,84 Milliarden Euro habe Österreich das bisher höchste Sicherheitsbudget. Eine Modernisierung der Ausrüstung, 4.000 zusätzliche Planposten und die Schaffung der Grenzeinheit „Puma“ seien erst durch die neue Bundesregierung möglich geworden. „Außerdem wird das Asylgesetz jetzt buchstabengetreu erfüllt, wie die wachsende Zahl der Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Asylwerber beweist“, erklärte HC Strache.

Aufgaben für 2019 fixiert

Nachdem im ersten Jahr die Bundesregierung das Budget und die Zuwanderung neu geordnet und erste wichtige Reformen beschlossen hat, geht es 2019 vor allem um drei große Themenbereiche, kündigte der Vizekanzler an. Also eine „echte, nachhaltige Steuersenkungsreform“, damit den arbeitenden Menschen in Österreich wieder mehr „Netto vom Brutto“ bleibt, ihnen mehr Geld vom Lohn in ihr Geldbörse fließt.

Ein weiterer wichtiger Punkt wird die Pflege sein, betonte HC Strache: „Damit wird die Versor-



Arbeiten statt streiten. So agiert die neukommende Erfolgsbilanz vorlegen. Der „ro-

gung unserer älteren Mitbürger gesichert und sie auch wirklich jene Hilfe bekommen, die sie benötigen.“ Bereits am Mittwoch hat die türkis-blaue Regierung im Ministerrat einen ersten Beschluss zum „Masterplan Pflege“ folgen lassen.

Zur Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs soll auch die Digitalisierung beitragen, damit „unser kleines Land in einer globalisierten Welt“ vorne mithalten kann, führte der FPÖ-Vizekanzler aus.

Breiten Raum in der Bilanzpressekonferenz widmete HC Strache



SPITZE FEDER „Kindergerechte“ Unterbringung in Österreich 2018.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

nd zu reformieren!

itionspartner hervor: „Die Chemie stimmt!“



ue Bundesregierung und kann schon nach dem ersten Jahr eine beeindruckende Reformzug mit Kurz und Strache hat aber noch einiges vor.

den von den Freiheitlichen angestoßenen und von einer freiheitlichen Ministerin umgesetzten und noch umzusetzenden Reformen: „Es ist ein Skandal, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, nicht genügend Pension zum Leben haben.“ Künftig werde es daher für alle, die zumindest 40 Jahre im Berufsleben gestanden haben, eine Mindestpension von 1.200 Euro geben.

Alle arbeiten für den Reformzug

Auch sein eigenes Ressort werde zur Gesundheitspolitik einen klei-

nen, aber wichtigen Bereich abdecken, erklärte der FPÖ-Vizekanzler: Man arbeite daran, Österreich wieder zu einer Sportnation zu machen, das heißt, die Menschen für Bewegung zu begeistern und das allgemeine Gesundheitsniveau anzuheben. Das sei auch „eine sozioökonomische Verantwortung“, betonte der Sportminister HC Strache. Jeder präventiv ausgegebene Euro spare spätere Kosten im Gesundheitssystem. „Wir streiten nicht, wir arbeiten für Österreich“, zeigte sich HC Strache mit der Regierungsarbeit zufrieden.

KURZ UND BÜNDIG



„Haft in der Heimat“

Knapp 100 ausländische Straftäter wurden dieses Jahr bisher in ihr Heimatland überstellt, um dort eine von einem österreichischen Gericht verhängte Haftstrafe abzusitzen. Geht es nach den Abgeordneten, sollen es in Zukunft deutlich mehr werden. Der Menschenrechtsausschuss des Nationalrats schloss sich am Dienstag dem türkis-blauen Entschließungsantrag zum Thema „Haft in der Heimat“, an, der das Konzept weiter ausbauen will – auch um Österreichs übervolle Haftanstalten zu entlasten.

Mindestsicherung NEU

„Wir machen Schluss mit der ungehinder-ten Zuwanderung in unser Sozialsystem und sorgen für mehr Gerechtigkeit in Österreich“, betonten die Klubobleute von Volkspartei und FPÖ, August Wöginger und Walter Rosenkranz, zur „Mindestsicherung NEU“. Derzeit sei es so, dass ein Ehepaar ohne Deutschkenntnisse und drei Kindern in Wien mehr als 2.600 Euro aus der Mindestsicherung und Familienleistungen erhalte – mehr als so manche hart arbeitenden österreichischen Eltern. Das werde es zukünftig nicht mehr geben.



Sicherung des Systems

Mit den am Dienstag im Gesundheitsausschuss beschlossenen Änderungen im Ärztegesetz, dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz und dem Freiberuflichen Sozialversicherungsgesetz wurden wichtige Maßnahmen im Sinne der Patienten und zur Sicherstellung des Gesundheitssystems auf den Weg gebracht, erklärte FPÖ-Gesundheitssprecherin Brigitte Povysil. So wird einerseits ein modernes System zur Qualifizierung von Notärzten geschaffen und andererseits eine Regelung zur Anstellung von Ärzten bei Ärzten, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern.

AUFSTEIGER 📈



Niederösterreichs FPÖ-Sicherheitslandesrat **Gottfried Waldhäusl**, der in Drasenhofen polizeibekannte „notorische Unruhestifter“ bis zu deren Abschiebung, einquartieren wollte, zum Schutz der Bevölkerung.

ABSTEIGER 📉



Niederösterreichs ÖVP-Landeshauptfrau **Johanna Mikl-Leitner**, die aus der Masseneinwanderung 2015 nichts dazugelernt hat, und jetzt auch im Fall Drasenhofen vor der Asylindustrie und linken Medien in die Knie gegangen ist.



BILD DER WOCHE Das „blaue Weltbild“ prägt die Regierungsarbeit. Kanzler und Vizekanzler auf dem Weg zur Bilanzpressekonferenz.

„Die Sicherheit der Österreicher geht vor!“

Niederösterreichs FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl verteidigt im NFZ-Interview die Unterbringung „notorischer Störenfriede“ in Drasenhofen: „Das geschah auf Wunsch der Asylquartiergeber und zur Sicherheit der Niederösterreicher. Das war ausschlaggebend.“

Herr Landesrat Waldhäusl, konnte in der Sitzung der Landesregierung das „Problem Drasenhofen“ gelöst werden?

Waldhäusl: Es hat insofern eine Lösung gegeben, da es meiner Meinung nach hier einen rechtsfreien Raum bezüglich der Zuständigkeit gegeben hat. So habe ich aus den Medien erfahren müssen, dass in einer beispiellosen, eigenmächtigen Nacht- und Nebelaktion der SPÖ Niederösterreich die jungen Männer aus der Unterkunft Drasenhofen nach Sankt Gabriel gebracht worden sind. Daher konnte ich keine Verantwortung für diese vermeintliche „Rettungsaktion“ übernehmen. Es waren hier ganz klar die Sozialisten, die sich hier in einen rechtsfreien Raum begeben haben. Das wurde heute in der Sitzung der Landesregierung durch den Verfassungsdienst ausgeräumt und schriftlich festgehalten, dass dieser Zuständigkeitsbereich eindeutig bei mir liegt. Nachdem nun die ehemaligen Drasenhofen-Bewohner in meinen Zuständigkeitsbereich fallen, nehme ich selbstverständlich umgehend die Arbeit auf. Ich lasse mir alle Unterlagen vorlegen und werde mir noch heute in Sankt Gabriel ein Bild vor Ort über die Unterbringung der Jugendlichen machen.

Heißt das jetzt, dass die Jugendlichen im Caritas-Heim Sankt Gabriel bleiben können?

Waldhäusl: Die unbegleiteten minderjährigen Fremden werden im Quartier Sankt Gabriel verbleiben. Aber selbstverständlich werde ich nach meinem Lokalaugenschein und Gesprächen vor Ort mir schnellstmöglich ein Sicherheitskonzept für diese Unterkunft vorlegen lassen. Dies hat für mich nach wie vor absolute Priorität, denn ich habe im vergangenen Sommer ja nicht aus Jux und Tolle-

rei die Asylwerber aus dieser Unterkunft dort abgezogen. Es gab dort wegen Schlamperei, Ignoranz und Wurschtigkeit erhebliche Sicherheitsbedenken, die – wie erinnernlich – in jenen brutalen „Meissel-Mord“ oder dem Angriff auf Kinder auf einem Spielplatz in Maria Enzersdorf gegipfelt haben.

Was beurteilen sie jetzt im Nachhinein das Zuständigkeitsproblem im Fall Drasenhofen?

Waldhäusl: Für die Landeshauptfrau war die Beratung durch die Jugendanwaltschaft offenbar Grund genug, die von den Quartiergebern oftmals gewünschte

Unterkunft für straffällige und gewalttätige Jugendliche zu schließen. Mikl-Leitner hat zugestimmt, die Asylwerber aus der Unterkunft Drasenhofen verlegen zu lassen. Somit ist wohl klar, dass ihr der Schutz der jugendlichen Straftäter wichtiger ist als der der niederösterreichischen Bevölkerung. Ich hoffe nur, dass Mikl-Leitner auch dann die Verantwortung übernimmt und die Konsequenzen zieht, wenn wieder gewalttätige Übergriffe passieren. Einige der Asylwerber werde ich aufgrund ihrer gerichtlichen Verurteilungen und ihrer einsetzenden Volljährigkeit ohnehin im kommenden Jahr abschieben lassen – ob mit oder ohne Obhut der Landeshauptfrau!



Foto: FPÖ Niederösterreich

Thema der Woche

ZIB

Stacheldraht um

Schlagzeile mit Suchbild: Ein einzelner Stacheldraht auf dem mobilen Schutzzaun

„Kinderschutz“ für ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner tappt

In Niederösterreich wurden 25 straffällig gewordene unbegleitete Jugendliche in eine betreute Einrichtung in Drasenhofen überstellt. Die Asylindustrie und linke Medien tobten, Landeshauptfrau Mikl-Leitner fiel um, und die „Kinder“ kamen in ein bisher durch massive Sicherheitsprobleme aufgefallenes Caritas-Heim.

Am Donnerstag vergangener Woche wurde offiziell der Probebetrieb der Asylunterkunft Drasenhofen eröffnet. 14 „unbegleitete Minderjährige“, die bereits mit dem Gesetz in Konflikt gekommen und deren Asylanträge großteils bereits abgewiesen waren, sollten unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen untergebracht werden.

„Für uns ist wichtig, jetzt Erfahrungswerte zu sammeln. Immerhin ist es erstmalig, dass eine derartige Unterkunft installiert worden ist, in drei beziehungsweise sechs Monaten werden die Erfahrungen evaluiert“, erläuterte der für Asylfragen zuständige FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl das Programm.

Medien „schreiben“ Politik vor

Aber die Evaluierung hatten die Medien, allen voran der ORF, sowie „Kurier“, „Standard“ und die Hofpostille der rot-grünen Wiener Stadtregierung „Falter“ bereits durchgeführt. Am Freitag rollte deren Kampagne gegen das „Strafla-

ger“ durch die sozialen Medien.

Beginnend mit dem Ö1-„Morgenjournal“ bis zur „ZiB2“ wurde der mobile Schutzzaun mit einem Stacheldraht obenauf, der lediglich die Vorderseite des Asylheimes abschirmte, zum unüberwindlichen Stacheldrahtverhau, und die ehemalige Unterkunft der Zollwache zum „Anhaltelager für Kinder und Jugendliche“ deklariert. Als 2015 bis zu 60 Flüchtlinge, vorwiegend Familien dort einquartiert waren, gab es keinen derartigen medialen Amoklauf gegen die Einrichtung.

Dass es sich bei den „schutzbedürftigen Kindern“ um großteils ablehnte Asylwerber handelte, die bereits mit dem Gesetz in Konflikt und von anderen Asyleinrichtungen weggewiesen wurden, wurde von den Medien nur am Rande gestreift. Ebenso, dass acht der „Inhaftierten“ von einem Ausgang nicht zurückgekehrt waren, sondern mit einem Taxi das Weite gesucht hatten.

Als dann auch noch die beiden ÖVP-Pensionisten Ferdinand May-



nutzgitter regte die zartbeseitigten Phantasien mancher Journalisten zu Horrormeldungen an.

r straffällige Asylwerber

t wie schon 2015 in die Falle der Asylindustrie und deren Medienfreunde

er und Christian Konrad, von der damaligen „Grenzöffnungsinnenministerin“ Johanna Mikl-Leitner 2015 zum „Asylkoordinator“ geadelt, in das Skandalgeheule einstimmen, gab es kein Halten mehr.

ÖVP geht vor Medien in die Knie

Im Ö1-„Mittagsjournal“ wurde aufbauend auf der Expertise der beiden ÖVP-Pensionisten bereits der „Ruf nach Konsequenzen für Waldhäusl“ formuliert, weil Flüchtlinge „weggesperrt“ würden. Niederösterreichs ÖVP-Lan-

deshauptfrau Mikl-Leitner forderte von der für die „Jugendhilfe“ zuständigen SPÖ-Landesrätin eine Überprüfung des Heims in Drasenhofen auf „Kinder- und Jugendtauglichkeit“.

Das absolut überraschende Ergebnis: Die Kinder- und Jugendanwaltschaft erklärte die Unterkunft als „nicht geeignet“ für die „notorischen Unruhestifter“.

Zum Glück sprang gleich die Caritas Wien ein und verschaffte ihnen einen Platz im Heim Sankt Gabriel in Maria Enzersdorf: „Kin-

der gehören nicht ins Gefängnis und haben in Straflagern mit Stacheldraht nichts verloren“, verkündete Caritas-Generalsekretär Klaus Schwerter auf Facebook.

Problemfall Sankt Gabriel

Immerhin hat man in Sankt Gabriel bereits Erfahrung gesammelt, wie man junge Gewalttäter auf ihrem weiteren Weg zu Mord und Vergewaltigung begleitet, wie zwei Vorfälle in den vergangenen 12 Monaten belegen. Anwärter dazu gibt es unter den „Kindern“: „Verurteilt wegen schwerer Körperverletzung“, „Gefährliche Drohung und Nötigung“, oder „Suchtgift-handel“ finden sich in den Lebensläufen der „Schutzbedürftigen“.

„Wir werden wieder Probleme haben und ich hoffe nur, dass nichts passiert, dass wir in Sankt Gabriel nicht wieder so einen Vorfall haben. Dann bin ich gespannt, wer die Verantwortung übernimmt“, zeigte sich Waldhäusl über die Entscheidung von Mikl-Leitner zur Schließung Drasenhofens enttäuscht.

Das Asylquartier Sankt Gabriel war wegen der erwähnten Zwischenfälle und Sicherheitsprobleme von Landesrat Waldhäusl im Sommer 2018 geräumt worden.



POLITIK
ANALYSIERT

Walter Rosenkranz

FPÖ-Landesparteiobmann Niederösterreich

Die FPÖ tritt bei den Wahlen an, um die Fehler früherer Bundesregierungen auszubügeln. So geschehen in Niederösterreich, bei der Asylunterkunft Drasenhofen: Unser FPÖ-Landesrat für Integration Gottfried Waldhäusl hat dort jugendliche Asylwerber aus ganz Niederösterreich untergebracht, die andernorts Probleme bereitet haben.

Sicherheit geht vor

Die armen Opfer, als die zwischenzeitlich dargestellt werden, sind sie also nicht. Vom Widerstand gegen die Staatsgewalt über Drogendelikte bis hin zur Verurteilung wegen schwerer Körperverletzung reichen da die Lebensläufe. Eine Krankenschwester wurde von einem der in Drasenhofen untergebrachten Asylwerber beinahe totgeprügelt. Bei manchen der dort untergebrachten Asylwerbern läuft auch bereits das Asyl-Aberkennungsverfahren und manche waren dort untergebracht, weil sie noch 17 sind, aber erst mit 18 abgeschoben werden können.

Die Unterkunft in Drasenhofen war somit eine grundsätzlich richtige Maßnahme, wie problematische Asylwerber untergebracht werden können, unter Berücksichtigung der Sicherheit der örtlichen Bevölkerung. Mit ihrer Entscheidung die Asylwerber aus Drasenhofen abzusiedeln, hat sich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner nun dem medialen Druck gebeugt.

Gottfried Waldhäusl bleibt jedenfalls für die Sicherheit auch in der neuen Unterkunft zuständig. Entsprechende Maßnahmen werden bereits geplant und umgesetzt. Die FPÖ wird darauf achten, dass unsere Landsleute nicht die Suppe auslöffeln müssen, die ihnen frühere Regierungen eingebrockt haben.

Caritas & Du Caritas Wien

30. November um 00:48 ·

Ein Straflager für Jugendliche.

Mit Stacheldrahtzaun, Wachhund und Security. Weggesperrt. Ausgang nur 1 Stunde am Tag. Kinderrechte werden mit Füßen getreten. Es ist so menschenverachtend. Die Volksanwaltschaft wird aktiv. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft zeigt sich besorgt. "Ein Armutszeugnis für Österreich", wie sich der ÖVP Bürgermeister von Drasenhofen zurecht empört. Niederösterreich im Jahr 2018. Da dürfen wir nicht wegschauen. Auch nicht schweigen.

Klaus Schwerter



„Kinderrechte werden mit Füßen getreten.“ – Im Ernst Caritas Wien?



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

In der kommenden Woche wird ein wahres Reformfeuerwerk über Österreich leuchten. In dieser Plenarwoche wird neben dem von Innenminister Herbert Kickl erarbeiteten Symbolegesetz und einer von HC Strache erarbeiteten Novelle des Beamtendienstrechtes vor allem die Zusammenlegung der Sozialversicherungen, die von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein federführend erarbeitet wurde, beschlossen.

Blaue Reformen!

Allein diese drei Vorhaben zeigen die Bandbreite freiheitlicher Politik auf. Auf der einen Seite mehr Sicherheit durch den Kampf gegen den politischen Islam, auf der anderen Seite mehr Gerechtigkeit durch ein ausgewogenes Dienstrecht. Die Reform der Sozialversicherungen kann als eine der größten der zweiten Republik bezeichnet werden. Was Generationen von Politikern gebetsmühlenartig vor sich hertrugen, wird unter freiheitlicher Verantwortung umgesetzt.

Neben diesen Reformen werden auch drei Volksbegehren (ORF-, Frauen- und Antiraucher-Volksbegehren) in erste Lesung genommen, das heißt grundsätzlich debattiert. Danach werden sie einem Ausschuss zugewiesen, der ihr weiteres parlamentarisches Schicksal festlegen wird. Die Opposition hatte sich für die beiden letzteren stark gemacht.

Was noch aussteht – und wichtiger wäre – ist ein klares Bekenntnis zum Ausbau der direkten Demokratie, wie er im Regierungsprogramm festgeschrieben ist. Diese Frage ist unendlich bedeutsamer als jene, ob Wirte selbst entscheiden dürfen ob in ihren Lokalen geraucht werden darf oder nicht.

INNENPOLITIK

BVT-Reform 2019

Nach der Evaluierung des Reformbedarfs beim Bundesamt für Verfassungsschutz will FPÖ-Innenminister Herbert Kickl (Bild) den Probetrieb mit 1. Juli 2019 aufnehmen. In der vorwöchigen Aussprache im Innenausschuss des Nationalrats bekräftigte er die Einbeziehung des Parlaments bei der BVT-Reform. Die aktuelle Aufstellung habe vor allem Defizite bei der Informationsbeschaffung und der Informationsanalyse im BVT aufgezeigt.



FINANZPOLITIK

Steuerabkommen

Einstimmig angenommen wurde letzte Woche vom Finanzausschuss des Parlaments das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich einerseits und Großbritannien und Nordirland andererseits zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung.

„Plastiksackerl“-Verbot greift ab dem Jahr 2020

Regierung setzt nachhaltige Maßnahme zum Schutz der Umwelt

Jährlich landen zwischen 5.000 bis 7.000 Tonnen Plastiksackerl im Müll. Die Bundesregierung sagt dem umweltschädlichen und verschwenderischen Plastikverbrauch nun den Kampf an.

„Jeder Österreicher verbraucht pro Jahr zwischen 40 und 50 Plastiksackerln. 40 Tonnen Plastik landen allein jährlich in der Donau. Mit dieser sinnlosen Umweltverschmutzung machen wir jetzt Schluss“, erklärte Vizkanzler HC Strache zum Vorstoß der Koalition, der im Jänner 2020 in Kraft treten soll.

Vernünftige Lösung

An einem runden Tisch mit den führenden Handelsketten und Branchenvertretern soll eine öko-



HC Strache: „Schluss mit der sinnlosen Umweltverschmutzung!“

logisch und wirtschaftlich vernünftige Lösung erarbeitet werden. Konkret geht es um ein Verbot von Kunststofftragetaschen, die biologisch nicht vollständig abbaubar

sind sowie eine rasche Umsetzung der Einwegplastik-Richtlinie der Europäischen Union mit entsprechenden Produktverboten und Reduktionszielen.



HC Strache
Vizekanzler
Heinz-Christian Strache
FPÖ-Bundesparteiobermann

Foto: Johannes Zinner

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Die Wahrheit über die „Mindestsicherung NEU“

Die Mindestsicherung ist für Menschen geschaffen worden, die sich in einer sehr schwierigen Phase ihres Lebens befinden. Sie soll aber nicht dazu einladen, dass sich Arbeit für den Menschen nicht mehr lohnt.

- » Verlängerung der „Schonfrist“ für den Vermögenszugriff bei eigenem Wohnbedarf von sechs Monaten auf drei Jahre
- » Volle Mindestsicherung erst bei Nachweis einer 5-jährigen Aufenthaltsdauer und ausreichenden Sprachkenntnissen
- » Notstandshilfe bleibt als Versicherungsleistung unabhängig von der Mindestsicherung ein Bestandteil des „Arbeitslosengeld NEU“
- » Mehr Geld für Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung



Arbeitslosigkeit auch im November rückläufig

Die Zahl der Personen ohne Arbeit ist auch im November zurückgegangen: Im Jahresvergleich waren 376.636 Personen arbeitslos gemeldet – inklusive der Teilnehmer an Schulungskursen des Arbeitsmarktservice (AMS). Das sind um 6,9 Prozent weniger als im November 2017. Dies geht aus den am vergangenen Montag veröffentlichten Zahlen des AMS hervor. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition liegt aktuell bei 7,6 Prozent.

„Die sinkenden Arbeitslosenzahlen in Österreich beweisen einmal mehr, dass sich unsere Regierung auf dem richtigen Weg befindet, und dass unsere Entscheidungen den Arbeitsmarkt positiv beeinflussen“, betonte FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung werde die Bundesregierung weiterhin Maßnahmen setzen, um den Menschen dabei helfen zu können, im Berufsleben wieder nachhaltig Fuß fassen zu können.



Foto: NFZ

Aufhellung beim AMS.

Wie bereits in den Vormonaten sank die Arbeitslosigkeit der Österreicher mit minus 8,5 Prozent überdurchschnittlich, während es bei den arbeitslos gemeldeten Ausländern nur einen minimalen Rückgang mit minus 0,2 Prozent zu verzeichnen gab. Deren Zahl betrug im November immer noch 128.418, also fast 35 Prozent aller arbeitslos gemeldeten Personen.

Überdurchschnittliche Rückgänge waren bei Langzeitarbeitslosen (minus 15,5 Prozent), Jugendlichen (minus 9,4 Prozent) sowie Männern mit minus 7,8 Prozent zu verzeichnen.

NFZ-Service: Rat für Behinderte Franz R. Dallinger



In eigener Sache

Nachdem wir uns mit Beginn des Jahres 2018 als Behindertenverein selbstständig gemacht haben, können wir auf ein äußerst erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Gleich von Beginn an mussten wir die 14tägigen Sprechstunden auf derzeit wöchentlich ausweiten, da unser Angebot bei der Hilfe bei Invaliditätspension, Pflegegeld, Parkausweis, behindertengerechte Wohnungen, 24h Pflege, usw. großen Andrang fand.

Es gelang uns auch, innerhalb kurzer Zeit, eine eigene Rechtsberatung 14-tägig ins Leben zu rufen. Auf Wunsch vieler Mitglieder, die Untersuchungstermine bei PVA und BSA hatten, konnten wir ein Begleitservice, das sehr gut angenommen wurde, einrichten.

Auch nächstes Jahr werden wir auf Wunsch vieler Mitglieder unser Service weiter ausbauen. Daher eine Bitte an Sie, sehr geehrte Leser: In wenigen Tagen ist Weihnachten und viele von Ihnen überlegen bereits, mit welchen Ge-



Foto: NFZ

schenken Sie Ihren Angehörigen Freude bereiten könnten. Vielleicht gibt es aber auch die Überlegung, einige Euro an unseren Behindertenverein zu spenden, da wir selbst keinerlei Subventionen bekommen und auf jeden Cent angewiesen sind. Auch Betriebe sind hier eingeladen, gemeinsam mit Ihren Betriebsräten eine sinnvolle Spende für „Menschen mit Behinderung“ zu leisten.

„Helfen Sie helfen“ und wir wünschen gleichzeitig Ihnen und Ihren Angehörigen schöne Feiertage und danken im Voraus für Ihre finanzielle Unterstützung.

Ihr Franz R. Dallinger

Spendenkto Behindertenverein:
IBAN: AT90 1200 0006 0502 4801
BIC: BKAUATWW



Politische Bildung aktuell

☐ Partei ☒ Regierung ☐ Parlament

Der neuen Bundesregierung gehören sechs Minister und ein Staatssekretär der Freiheitlichen Partei Österreichs an, die in den nächsten Wochen hier präsentiert werden.

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

Eine Zwischenbilanz:

Vorbereitung und Übernahme des EU-Ratsvorsitzes mit dem informellen Treffen der EU-Außenminister in Wien: Kernthemen waren die weitere Heranführung der Staaten Südosteuropas, die transatlantischen Beziehungen und die Krisen im Nahen und Mittleren Osten.

Neustart in den österreichisch-türkischen Beziehungen bei klarer Ablehnung eines EU-Beitritts: Dies bedeutet auch eine Wiederaufnahme der österreichischen Ausgrabungen in Ephesos.

Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler: Regelmäßige Arbeitskreise und Gespräche sollen sich dem freiheitlichen Wahlversprechen weiter annähmen.

Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung (FGM): In diesem Bereich wird ein neuer Schwerpunkt in der Entwicklungszusammenarbeit und Integrationspolitik gesetzt.

Drängen auf weitere Reformen und vor allem Korruptionsbekämpfung in Südosteuropa: Die EU-Beitrittsperspektive bleibt ein wichtiges Ziel für die Außenministerin, um Stabilität in der Region zu sichern.

Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik für die Jahre 2019 bis 2021: Das Programm zielt auf die Förderung von Frauen ab und soll auch einen Beitrag zur Eindämmung von Migrationsströmen leisten.

Mit der Angelobung von Dr. Karin Kneissl als Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres am 18. Dezember 2017 zog erstmals in der Zweiten Republik eine von der FPÖ nominierte Person in das Außenministerium ein.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.



Dr. Karin Kneissl
Bundesministerin für Europa,
Integration und Äußeres



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Migrationspakt: Jetzt wird Druck gemacht

Wenige Tage vor der Besiegelung des UNO-Migrationspakts in Marrakesch wird noch einmal kräftig Druck gemacht. Druck auf jene, die Migration für nicht ganz so segensreich halten wie der Pakt es einseitig suggeriert. Druck auf jene, die die dutzendfach im Vertragstext vorkommende Formel „Wir verpflichten uns“ ernst nehmen und lieber nichts unterschreiben wollen, was jedenfalls politisch verpflichtend ist und es auf die eine oder andere Weise künftig wohl auch rechtlich wird.

Für die EU-Kommission hat jetzt Innenkommissar Avramopoulos Zustimmung zum UNO-Pakt eingefordert, von Österreich sowie fünf weiteren EU-Staaten, die dabei nicht mitmachen wollen. Schließlich sei der Pakt ja da, um „sichere und geordnete Migration zu fördern“. Ja, genau. Aber man muss Massenzuwanderung in die EU auch dann nicht wollen, wenn sie „geordnet“ stattfindet.

Dass die EU in der Migrationsfrage gespalten ist, dafür kann sich Brüssel bei Merkel bedanken, die 2015 im Alleingang mit ihrer Grenzöffnung diese Spaltung herbeigeführt hat.

Auf die EU-Kommission folgte die der Bischofskonferenzen, die forderte, dem Pakt zuzustimmen und diesen „zu einer Errungenschaft für das gemeinsame Wohl der Mitmenschlichkeit zu machen“. Eine Stimme, die angesichts der vorwiegend muslimischen Zuwanderer ohnehin zunehmend unter Druck kommt.

„Klimawandel“ lässt Südsee-Inseln wachsen

Als unübersehbares Zeichen des Klimawandels wird das Versinken von Südsee-Inseln durch den vom „Klimawandel“ verursachten Anstieg des Meeresspiegels gepredigt. Eine Studie ergab nun jedoch, dass trotz des Meeresspiegelanstiegs fast 90 Prozent der tiefer liegenden Inseln stabil waren oder sich sogar vergrößerten.

Die im September in der Zeitschrift „WIREs Climate Change“ veröffentlichte Studie trägt zu den wachsenden Beweisen bei, dass kleine Inselstaaten im Pazifik und im Indischen Ozean sich als widerstandsfähig gegen aufsteigende Meere erweisen und im Gegensatz zu Voraussagen nicht im Wasser versinken.

„Insgesamt waren 88,6 Prozent der Inseln entweder stabil oder sind größer geworden“, schrieb die Autorin Virginie Duvat von der Universität La Rochelle in der Studie. Wesentlich sei, dass Inseln in Meeresregionen, die von einem Anstieg des Meeresspiegels eher betroffen

sind, weder eine Kontraktion noch einen ausgeprägten Rückzug der Küstenlinie zeigten.

So ist die berühmt-berüchtigte Kiribati-Inselkette im Norden der Tarawa-Insel sehr stabil, die meisten Inseln haben sogar an Landfläche zugenommen. Die South-Tarawa-Kette erfuhr sogar das größte Wachstum aller untersuchten Atolle. „Die Inseln mit Landverlust sind und waren alle sehr klein und zudem zumeist unbewohnt“, schreibt Duvat in ihrer Studie.



Kiribati versinkt doch nicht.

EU will „Strom-Blackout“ Milliarden Euro pro

Brüssel übernimmt Deutschlands Energiewende



Die Krux mit der Windenergie: Die Windräder liefern meistens dann keinen Strom, wenn sie stehen. Windräder mit der Erzeugungskapazität aller Kohle- und Atomkraftwerke.

Brüssel will den Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromerzeugung bis 2050 auf mehr als 80 Prozent steigern – sprich Wind- und Solarenergie mit einem jährlichen Fördervolumen von 290 Milliarden Euro ausbauen. Dabei zeigt gerade das Vorbild Deutschland, dass damit die Netzsicherheit dramatisch gefährdet und ein Kollaps des europäischen Stromnetzes immer wahrscheinlicher wird.

Während alle anderen Kontinente dem „Klimawandel“ mit ökonomischem Realitätssinn begegnen, steuert Europa, angetrieben von der links-grünen Klimarettungshysterie mit dem gewollten Verbot von Erdöl, Erdgas und Kohle in die vorindustrielle Zeit zurück.

Insbesondere auf dem Energiesektor zeigt sich dieser Irrsinn in voller Blüte mit dem Verbrennen von jährlich Milliarden an Steuergeldern für die derzeit völlig unrentable Stromgewinnung aus Wind und Sonnenenergie. Welche Gefahren dabei drohen, zeigt sich augenscheinlich an der deutschen „Energiewende“, ausgelöst durch Angst vor einem Tsunami im fast 9.000 Kilometer entfernten Fukushima.

Am Rande des „Blackout“

Um die Stromerzeugung zu jeder Zeit dem Verbrauch anzugleichen, also die Netzsicherheit zu gewährleisten, waren im ganzen Jahr 2003 drei Eingriffe erforderlich. 2017 waren im Jahreschnitt bereits drei Eingriffe pro Tag (!) erforderlich,

um nicht nur das deutsche Stromnetz sondern auch das der Benelux-Staaten und Nordfrankreich vor dem Kollaps zu bewahren.

Das Stromnetz funktioniert nur bei einer Frequenz von 50 Hertz, die mit einer Genauigkeit von 0,4 Prozent konstant gehalten werden muss. Bei Überlast wird Verbrau-



Ohne den in ständiger Bereitschaft stehenden Notstrom sind Deutschland bereits dreimal täglich die

Blackout“ mit 290 Jahr fördern!

Politik und gefährdet so Europas Stromversorgung



Strom, wenn er gerade am dringendsten benötigt wird. In Deutschland
werke, liefern aber nicht einmal halb so viel Strom wie diese.

chern der Strom abgedreht, bei Unterlast müssen Generatoren vom Netz genommen werden. Wenn das nicht hilft und die Abweichung der Netzfrequenz fünf Prozent erreicht, bricht das Netz zusammen, Kraftwerke schalten sich zum Schutz ihrer Anlagen automatisch ab.

Ökotraum und Realität

Wie schnell das geht, zeigte sich am 4. November 2006: Die Abschaltung zweier Hochspannungsleitungen in Niedersachsen für das Auslaufen eines Kreuzfahrtschiffes war mangelhaft geplant. Es kam zu

einem großräumigen Stromausfall in Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien und Spanien. Ein völliger Zusammenbruch der Stromversorgung konnte nur durch die massenhafte Abschaltung von Verbrauchern vermieden werden.

Um auf derartige Störfälle reagieren zu können, braucht es die „Schwarzstartfähigkeit“ von Kraftwerken. Diese benötigen zum Wiederaufstart kein funktionierendes Netz. Wasser-, Pumpspeicher- und Gaskraftwerke eignen sich dafür, weil sie dafür nur geringe Energie von Notstromaggregaten benötigen. Windräder und Photovoltaikanlagen dagegen nicht.

Der wissenschaftliche Dienst der EU erwartet, dass Kohlestromkapazitäten in der EU bis 2025 von derzeit 150 Gigawatt auf 105 Gigawatt zurückgehen und bis 2030 auf 55 Gigawatt absinken.

Nur kann der Ausbau der Windenergie diesen Rückgang nicht ausgleichen. Die Anlagen für erneuerbare Energien hatten in Deutschland 2017 eine Kapazität von 112,5 Gigawatt, und damit etwas mehr als alle Kohle- und Atomkraftwerke. Aber: Von den benötigten 601,4 Terrawattstunden Strom konnte nur etwa ein Drittel (!) von den erneuerbaren Energieträgern bereitgestellt werden.

ehenden Kohlekraftwerken gäbe es
e Gefahr eines „Blackouts“.



KURZ UND BÜNDIG



Trump beliebt wie Obama

Donald Trump tut viel für einen schlechten Ruf – so scheint es. Seine Umfragewerte im Vergleich mit seinen Vorgängern aber überraschen. Wie eine Zusammenfassung aller grosser Meinungsumfragen durch die US-Datenjournalisten von „Five Thirty Eight“ zeigt finden nach knapp zwei Jahren Amtstätigkeit 42,5 Prozent, also fast die Hälfte der US-Amerikaner, dass Trump einen guten Job macht. Das sind fast gleich viele wie bei seinem Vorgänger – und vor allem in Europa viel beliebteren – Barack Obama zum gleichen Zeitpunkt. Obamas Zustimmungsrates sank nach seiner Wahl permanent. Nach zwei Jahren betrug sie nur noch 45 Prozent.

Pariser Abkommen gescheitert

Laut einer Studie der London School of Economics (LSE) haben von den 197 Unterzeichnern des Pariser Klimaabkommens aus dem Jahr 2015 immerhin 147 ihre vereinbarten nationalen CO₂-Ziele gemeldet. Entsprechende Maßnahmen hätten aber nur 58 Staaten ergriffen. Und das wohl recht halbherzig. Denn, so die Studie, von diesen befänden sich gerade einmal sechzehn Länder in Übereinstimmung mit ihren selbstgesetzten Zielen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses. Kein Wunder: Diese nationalen Ziele sind völkerrechtlich nicht verbindlich. Erreicht ein Land sie nicht, drohen auch keine Sanktionen.



Podiumsdiskussion Do., 10.1.2019, 19 Uhr

Europawahl 2019 - Stagnation oder Aufbruch?

Palais Palfy, Figaro-Saal
Wien 1., Josefsplatz 6

Diskutanten:

Univ.-Prof. Dr. Lothar HÖBELT
Historiker

Dr. Zoltan KISZELLY
Journalist des Wirtschaftsblattes „Figyelő“, Budapest

GS MEP Harald VILIMSKY
Mitglied des Europäischen Parlaments

ein Vertreter der **Lega Nord**

Diskussionsleitung:

Komm.-Rat Walter Prinz
Präsident des Cajetan-Felder-Instituts

Eintritt frei!

in Kooperation mit



CFI Cajetan-Felder-Institut
Verein zur Förderung liberaler Kommunalpolitik

TERMINE

8 **Weihnachtsfeier des OÖSR Mehrnbach**

Der Seniorenring Mehrnbach lädt am Samstag, dem 8. Dezember 2018, zu seiner Weihnachtsfeier ins Gasthaus Koller (Mehrbach 18, 4941 Mehrnbach). Beginn: 11.30 Uhr.

10 **Seniorenstammtisch in Favoriten**

FPÖ Favoriten und der Wiener Seniorenring laden am Montag, dem 10. Dezember 2018, zum Adventstammtisch ins Café „Am Platzl“ im Hansson-Zentrum (Favoritenstraße 239, 1100 Wien). Beginn: 16.00 Uhr.

11 **Weihnachtsfeier des OÖSR Geinberg**

Der Seniorenring Geinberg lädt am Dienstag, dem 11. Dezember 2018, zu seiner Weihnachtsfeier ins Gasthaus Rinner (Durchham 10, 4943 Geinberg). Beginn: 11.30 Uhr.

11 **Bezirksteilstammtisch Aspern**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 11. Dezember 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Aspern ins Gasthaus Hollmann (Zachgasse 17, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

12 **Stammtisch der FPÖ Ottakring**

Die FPÖ Ottakring lädt am Mittwoch, dem 12. Dezember 2018, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Ottakringer Stub'n“ (Ottakringer Straße 152, 1160 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

14 **Adventfest der FPÖ in Grobeberdorf**

Die FPÖ Grobeberdorf lädt am Freitag, dem 14. Dezember 2018, zu ihrem traditionellen Adventfest auf den Hauptplatz vor Kaufhaus Enne (Hauptplatz 21, 2203 Grobeberdorf). Mit Punsch, Glühwein, Maroni und Kartoffelpuffer wird fürs leibliche Wohl gesorgt. Dazu können sich Besucher mit hausgemachter Weihnachtsbäckerei für die Feiertage eindecken. Beginn: 16.00 Uhr.

LESER AM WORT


Populismus

Es ist immer wieder bemerkenswert, wie leichtfertig von der linken Gesinnungsgemeinschaft in Diskussionen und Kommentaren mit dem Begriff Populismus umgegangen wird. Beim Erklären und Definieren tun sie sich dabei schon härter. Hier eine kleine Hilfestellung: Populismus lässt sich am einfachsten definieren, indem man das Gegenteil davon anführt nämlich: Politische Aroganz und Ignoranz im Umgang mit Anliegen von Bürgern.
Hubert Öllinger, Linz


Foto: NFZ
Freiwillige Islamisierung

Bei einem grün angehauchten Sozialverein aus Linz wird es in Zukunft aus Rücksicht auf muslimische Zuwanderer keine Weihnachtsfeier mehr geben, sondern nur mehr ein Jahresabschlussfest. In diesem Sinne ist der grüne Bundespräsident aufgerufen und hat zu veranlassen, dass die Weihnachtsamnestie, sprich die vorzeitige Entlassung aus der Haft, für Verbrecher muslimischer Herkunft komplett gestrichen wird, denn schließlich sollte man es zwecks guter Integration vermeiden, diesen hochkulturellen Personenkreis mit christlicher Nächstenliebe zu beleidigen!
Stefan Scharl, Klosterneuburg

limischer Herkunft komplett gestrichen wird, denn schließlich sollte man es zwecks guter Integration vermeiden, diesen hochkulturellen Personenkreis mit christlicher Nächstenliebe zu beleidigen!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Gedenken und Realität

Ganz Österreich gedachte der Novemberprogrome des Jahres 1938. Das Bekenntnis lautet: Antisemitismus darf es in Europa nie mehr geben! Da bin ganz bei Ihnen. Ich verstehe allerdings nicht, warum unsere lieben linksgrünen Gutmenschen, ich will hier auch nicht die Kirchen freisprechen, tausende muslimische Judenhasser ins Land holt und ihnen jegliche Hilfe zuteil werden lässt. Verkehrte Welt.
Klaus Weiß, Eferding

Rote Täuschungsmanöver

Die Stimmungsmache der SPÖ zur Mindestsicherung ist vunedlich. Ein Vermögenszugriff nach sechs Monaten wurde unter SPÖ-Regierung beschlossen. Dieser unsoziale Zugriff wird nun von der Regierung auf drei Jahre verlängert. Soziale Kälte kann man dieser Regierung auf keinen Fall vorwerfen, es werden einfach nur in allen Bereichen nötige, für alle Menschen in Österreich faire, und leistbare Korrekturen durchgeführt.
Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Einzäunungsbeschränkung

Bei mir vor dem Haus ist ein eingezäunter Kindergarten! Sind die Aufsichtspersonen dieser Kinder dann Folterknechte oder Kindergartenanten? Werden also in Österreich Kinder in Gefängnissen gehalten? Warum dürfen Kindergärten oder Kasernen eingezäunt sein, aber Schwererziehbaranstalten mit vorbestraften fast Volljährigen oder bereits Volljährigen – so genau man weiß man es ja nicht – nicht?

Armin Schütz, Wien


Foto: Land NO
Drasenhofen-Schließung

In diesem Quartier in Drasenhofen lebten schon 2015 mehrere Flüchtlingsfamilien mit insgesamt 60 Personen, ohne dass es Klagen gab. Von den 25 Jugendlichen konnten nur 17 übersiedelt werden, da acht untergetaucht waren. Wer übernimmt nun die Verantwortung, wenn etwas passiert?

Josef Pasteiner, Wiener Neustadt

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



„Mindestsicherung Neu“ bringt mehr Fairness

FPÖ-Klubobmann Gudenus widerlegt Falschaussagen der SPÖ

Als „Fake News“ enttarnten Sozialministerin Beate Hartinger Klein und der geschäftsführende freiheitliche Klubobmann Johann Gudenus die Behauptungen der Wiener SPÖ, die „Mindestsicherung Neu“ würde „Kinderarmut“ produzieren.

Wiens Soziallandesrat Peter Hacker hatte als Grund dafür die neue Staffelfung der Beihilfen für Kinder angeführt, wobei es für das erste Kind 215, für das zweite 129 und für das dritte 43 Euro monatlich geben soll. „Da kann man jetzt nicht einfach sagen, für das dritte Kind gibt es nur noch 43 Euro. Wenn man die drei Beiträge zusammenrechnet kommen 130 Euro pro Kind heraus“, rechnet die Sozialministerin vor. Dazu kämen dann noch 200 Euro Familienbeihilfe pro Kind, womit tatsächlich im Schnitt 330 Euro pro Kind zusammenkämen.



Gudenus und Hartinger widerlegten SPÖ-Falschmeldungen.

Mehr Geld für Österreicher

Das neue Grundsatzgesetz Sorge auch für „mehr Fairness gegenüber Österreichern, Behinderten, Alleinerziehern“ und gut integrierten Einwanderern. „Asylberechtigte, die um Mindestsicherung ansuchen, müssen künftig einen Integrationsvertrag unterschreiben, einen Wertekurs besuchen und Deutschkenntnisse auf B1-Niveau nachweisen“, betonte Hartinger-Klein.

Klubobmann Gudenus nahm die Stadt Wien in den Fokus seiner Kritik. Hier seien jahrelang völlig unreflektiert und unkontrolliert Sozialleistungen an Einwanderer ausbezahlt worden. Besonders bei der Mindestsicherung sei Wien mehr als großzügig gewesen, seien doch 50 Prozent der Bezieher keine Österreicher und 70 Prozent der Bezieher hätten „Migrationshintergrund“.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Die neue Wiener Grünen-Partiechefin Birgit Hebein ist – hört hört – für eine Wiener City-Maut.

Gibt's das? denk ich mir. Sie will doch bestimmt populär sein. Und dann macht sie so was? Ist sie zu heiß gebadet worden?

Da schlag ich doch gleich bei Sigmund Freud nach und lese dort über den Selbstzerstörungstrieb. Und ich lese, dass dieser auch „Autoaggression“ heißt.

Sigmund, schau owa

Aha! Auto-Aggression! Mit der hat's die Grünen enorm erwischt, da fress ich einen Häuslbesen. Wie kommt etwa ein Mödlinger Autofahrer dazu, dafür, dass er nach Wien zur Arbeit pendelt, zu brandeln?

Und weil ich grad bei Mödling bin: Ich weiß, dass viele Mödlinger immer noch ein Trauma wegen der Einstellung der Straßenbahnlinie 360 haben. Bei jedem „Mömö“-Faschingsumzug fährt ein „360er“ aus Pappendeckel nostalgisch mit. Ein paar Kilometer weiter ist die Grenze zu Wien. Und im Jahr 1967, dem Geburtsjahr der Frau Hebein, die jetzt die Niederösterreicher vertreibt und das Vassilakou'sche Franz-Josefs-Kai- und Rotenturmstrassen-Erbe zum Ärger der Wiener weitertreibt, war's mit dem 360er aus.

Tät der Freud heute leben, wär' er mit der Therapie der Grünen ganz schön eingedeckt.

Türschilder-Chaos kostet 33.000 Euro

Die Falschinterpretation der Datenschutzverordnung durch die rot-grüne Stadtregierung wird die Gemeindebaummieter teuer zu stehen kommen. Zwar kommuniziert die SPÖ die Kosten für den Um- und Rückbau der Türschilder als gering: 1,50 Euro sind demnach die angefallenen Kosten für den Austausch eines Türschildes.

Das ergab zumindest die Beantwortung einer von durch den FPÖ-Landesparteiensekretär Michael Stumpf gemachten mündlichen Anfrage an die verantwortliche SPÖ-Stadträtin Kathrin Gaál.

Laut SPÖ sind fünf Prozent der 220.000 Namensschilder bereits ausgetauscht worden, die jetzt

wieder rückgebaut werden müssen – also um weitere 1,50 Euro pro Schild. Daraus ergeben sich Kosten von rund 33.000 Euro, die sich nach den Angaben der SPÖ als Kosten für die völlig unnötige Aktion errechnen.

„Zugegeben: Im Vergleich zu den Summen, die die Wiener Stadtregierung sonst jeden Tag verschleudert, muten 33.000 Euro verschwindend gering an. Dennoch muss man festhalten: Auch dafür muss ein schon wirklich gut verdienender Angestellter ein ganzes Jahr lang arbeiten“, erläuterte Stumpf den Genossen, welche Summen an Steuergeldern sie für ausgemachte Dummheiten verbrennen.



Michael Stumpf: Irrtum der SPÖ kostet die Mieter 33.000 Euro.

KÄRNTEN **Slowenischer Affront**

Als „Affront“ bezeichnete Kärntens FPÖ-Landesparteiohmann Gernot Darmann das kategorische „Nein“ des Nachbarlandes Slowenien, die deutschsprachige Volksgruppe als Minderheit anzuerkennen: „Entgegen der Europäischen Konvention zum Schutze der Minderheit und ihrer Grundfreiheiten und entgegen der EU-Rechtsstandards gilt für die Altösterreicher in Slowenien und deren Nachkommen bis dato der auf die kommunistischen ‚Avnoj-Beschlüsse‘ fußende diffamierende Status der Rechtlosigkeit.“

OBERÖSTERREICH **FPÖ-Lehrerobmann**

Bei der letztwöchigen Jahreshauptversammlung des Freiheitlichen Lehrervereins Oberösterreich in Anselden wurde der Diplomingenieur Dietmar Wokatsch-Ratzberger (Bild) einstimmig von den Delegierten zum neuen Landesobmann, sowie Mag. Dr. Ulrike Schmeitzl und Wolfgang Umgeher zu seinen Stellvertretern gewählt.



Foto: FPÖ OÖ

VORARLBERG **Teures Versprechen**

Der Sozialfonds des Landes Vorarlberg hatte in den letzten 10 Jahren deutliche Ausgabensteigerungen zu verbuchen. Die Steuerung und die Kontrolle konnten allerdings mit dem ständig wachsenden Ausgabenvolumen nicht mithalten, zierte der Obmann des Kontrollausschusses im Vorarlberger Landtag, FPÖ-Klubobmann Daniel Allgäuer, aus dem Bericht des Landesrechnungshofes: „Da sind offensichtlich erhebliche finanzielle Mittel geflossen, ohne dass aufgrund des fehlenden Datenmaterials überhaupt eine zuverlässige Beurteilung des Ausbaustands der Ganztagschulen sowie der Schülerbetreuung möglich war. Und dennoch wurde im schwarz-grünen Regierungsprogramm salopp eine Verdoppelung der verschränkten Ganztagsklassen in Aussicht gestellt – ohne jedes Gesamtkonzept!“

Sonderlandtag zur Klärung der Fremdwährungsspekulationen

FPÖ will Klärung zu den 84 Millionen Euro an Spekulationsverlusten

Das Land Steiermark hat seit dem Jahr 1987 mehrere Fremdwährungsdarlehen aufgenommen und dabei 84 Millionen Euro „verspekuliert“.

Das Land Steiermark hat seit dem Jahr 1987 mehrere Fremdwährungsdarlehen in Schweizer Franken aufgenommen. Im Zuge des Einbruchs des Euro gegenüber Schweizer Franken im Jahr 2011 erhöhten sich die Verbindlichkeiten jedoch massiv. ÖVP und SPÖ beschlossen 2016 die endgültige Tilgung, mit einem Kursverlust in Höhe von rund 60 Millionen Euro. Wie der Rechnungshof nun feststellte, beliefen sich die Spekulationsverluste über den ganzen Zeitraum sogar auf 84 Millionen.

Vorgänge lückenlos aufklären

„Die Vorgänge und Entscheidungen im seit Jahren rot besetzten Finanzressort werfen zahlreiche

STEIERMARK 

Foto: FPÖ Steiermark

Kunasek fordert Aufklärung zu Fremdwährungsspekulationsverlusten.

Fragen hinsichtlich der Schweizer-Franken-Kredite auf. Die FPÖ wird nun im Zuge einer Sonderlandtagssitzung darauf drängen, die politische Verantwortung für die Spekulationsgeschäfte parlamentarisch lückenlos aufzuarbei-

ten“, betonte FPÖ-Landesparteiohmann Mario Kunasek. Aufgrund der Höhe der Verluste könnten SPÖ und ÖVP nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müssten den Steirern dazu Rede und Antwort stehen.

BURGENLAND

Erfolgreiche Förderungen

Die Wirtschaft im Burgenland entwickelt sich hervorragend. Auch im Jahr 2018 boomen Investitionen und Förderungen. Durch Fördermaßnahmen in Höhe von 24 Millionen Euro konnten bis Mitte November 2018 Investitionen in Höhe von 157 Millionen Euro angekurbelt werden, um 50 Prozent mehr



Foto: FPÖ Burgenland

Petschnig: Subventionen kurbelten die Investitionen kräftig an.

als im Vorjahr.

„Diese Entwicklung hinterlässt sehr erfreuliche Spuren am Arbeitsmarkt“, erklärte FPÖ-Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig. Im Durchschnitt wurden in den letzten Jahren alleine über durch Wirtschaftsförderungen begleitete Investitionen pro Jahr rund 1.200 bis 1.400 Arbeitsplätze gesichert und rund 300 – 400 neue Arbeitsplätze geschaffen. „Sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Beschäftigtenquote veränderten sich überaus positiv“, zeigte Petschnig auf.

Auch der Tourismus im Burgenland blüht weiter auf. Die Nächtigungszahlen stiegen von 2,9 Millionen im Jahr 2015 auf drei Millionen im Jahr 2016 und weiter auf etwa 3,1 Millionen im Vorjahr. „Auch im ersten Halbjahr 2018 erlebten wir eine stabile Entwicklung“, betonte Petschnig. Die Rückmeldungen der Touristiker stimmen zuversichtlich, dass das Jahr 2018 einmal mehr Zuwächse bringen wird.

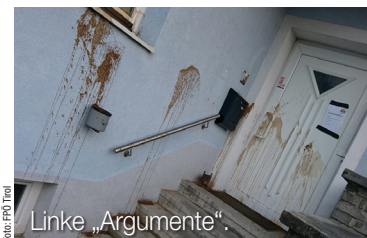
TIROL 

Foto: FPÖ Tirol

Anschlag von Linksradikalen

In der vergangenen Woche wurde auf die Landesgeschäftsstelle der FPÖ Tirol von einer linksradikalen Gruppe, die sich selbst als AWT (Aktionistische Widerstandsbewegung Tirol) bezeichnet, ein Anschlag der „besonderen Art“ verübt: Die Täter beschmiereten die Außenfassade und den Eingangsbereich mit Fäkalien und hinterließen zudem einen Drohbrieff. Der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Patrick Haslwanter reagierte entsetzt: „Die permanente Hetze und Diffamierungen durch den politischen Mitbewerber tragen ihre grauslichen Früchte.“

SALZBURG 

Jedes Jahr die überraschende Erkenntnis, dass es zu wenige Notschlafstellen für Obdachlose gibt. Dafür sind genug Plätze in den Asylheimen des Landes frei, aber dürfen nicht genutzt werden.

Landesasylheime im Winter für Obdachlose öffnen!

Landesregierung hortet leerstehende Unterkünfte für Asylanten!

Während etliche Flüchtlingsunterkünfte halb leer sind, lässt der grüne Soziallandesrat Schellhorn österreichische Obdachlose im Schneefall stehen!

Wie jeden Winter beginnt für Salzburgs Obdachlose die härteste Zeit des Jahres. Die Suche nach Schutz vor Kälte stellt alle anderen Bedürfnisse in den Schatten. Der erste Schneefall und die nunmehr endgültige Ankunft der eisigen Temperaturen verschärfen die Lage. „Alle Jahre wieder sind Stadt und Land Salzburg überrascht, dass die Notschlafstellen vollkommen

überfüllt sind und etliche Obdachlose abgewiesen werden müssen!“, empörte sich FPÖ-Klubobfrau Marlene Svazek: „Es gilt jedoch nicht nur in der Nacht die Tore zu öffnen, auch untertags benötigt man einen warmen Platz.“

Asylanten ja, Obdachlose Nein

Die Freiheitlichen fordern von der Landesregierung bereits seit 2015, die mit Steuergeld errichteten Flüchtlingsunterkünfte für Obdachlose zu öffnen. „Hoffentlich lassen diese Temperaturen das Herz des grünen Landesrates erweichen und damit auch die Türen

der Landesasylheime öffnen. Wenn sich Schellhorn nur halb so sehr um die Belange der Obdachlosen kümmern würde, wie ihm in den letzten drei Jahren die Vollversorgung von Asylanten am Herz gelegen ist, wären wir schon zufrieden“, bemerkte Svazek. Wie es funktionieren kann, zeigte im Februar dieses Jahres Innenminister Herbert Kickl, der eine Weisung gab, dass Exekutivbeamte im Bedarfsfall Obdachlosen den Weg in die nächste Bundeseinrichtung zeigen. „Wir fordern die Landesregierung auf, auch ihre Einrichtungen dafür zur Verfügung zu stellen!“, forderte Svazek.

Wolfsberg ohne Chirurgie?

„Die 800 Mitarbeiter des Landeskrankenhauses Wolfsberg bangen um den Bestand einer der wichtigsten Abteilung ihres Spitals, der Chirurgie“, sorgt sich der Wolfsberger FPÖ-Landtagsabgeordnete Harald Trettenbrein. Schuld daran sei der Abgang des langjährigen Chefarztes Dušan Schlapper, der in den Ruhestand tritt. Zusätzlich wurde auch bekannt, dass ein Viertel aller Fachärzte der Abteilung ihre Kündigung eingereicht haben.

Für Trettenbrein ist dies eine alarmierende Entwicklung. Allein

der Abgang Schlappers habe schon für Diskussionen gesorgt: „Viele zweifeln, ob die Kabeg überhaupt einen Nachfolger mit solchen Qualitäten suchen will.“

Die chirurgische Abteilung werde jetzt noch weiter dezimiert: Drei Chirurgen wollen aufgrund der Arbeitsbedingungen das Krankenhaus verlassen. Trettenbrein forderte SPÖ-Gesundheitsreferentin Beate Prettner auf, alle erforderlichen Maßnahmen für den Fortbestand der Chirurgie im LKH Wolfsberg zu ergreifen.

KÄRNTEN 

Trettenbrein fordert den Erhalt der Chirurgie im LKH Wolfsberg.



Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteioberfrau Salzburg

Fußballvereine widmen sich den Regeln des Sports und erstellen aus ihrer Mitte heraus erfolgreiche Vereinsmannschaften. Das dient nicht nur der Identität, sondern auch der Wirtschaft und letztendlich auch der Gesundheit einer Gesellschaft.

Vereins(Un)wesen

Aber es gibt auch Vereine, die andere Absichten und Ziele verfolgen. Wie etwa soziale Begehren. Eine Zusammenkunft aus Menschen, die helfen wollen und können.

Und dann waren da noch Spezialvereine. Vereine, die lediglich aus Selbstzweck entstanden sind. Der Versorgung ausgerangierter Parteimitglieder dienend, ein geheucheltes Ziel vorgeben und sich tatsächlich nur einem einzigen Grundsatz verschrieben haben: Der strukturellen Korruption.

Auf einen ganz anderen Verein sind wir im Zuge unserer Budgetrecherchen gestoßen. Ein Verein, dem das Land bereits 2004 ausgetreten war, da er für die Identität und dem Fortbestand Salzburgs als kaum notwendig erachtet wurde. Dem aber mit 2019 ein feudales Revival beschert werde: Dem Institut für Föderalismus.

Eine ÖVP-Veranstaltung, die in ihrer leitenden Mitgliederriege ausschließlich ÖVPlar versorgt und dafür ein exorbitantes Sümmchen an Mitgliedsbeiträgen von den schwarzen Ländern einheimst. In dessen Rechtfertigung musste der Landeshauptmann letzten Mittwoch erst nach Luft schnappen. Was uns dann auf die Idee gebracht hat, einen noch spezielleren Verein zu gründen: Den Verein für Politiker in Erklärungsnot. Doch diesem wird die FPÖ in Salzburg ganz bestimmt nie beitreten.

GEZWITSCHER



da Ritschi

@Rich4rd_Brenner



Weihnachtsmärkte mit Terrorpöller, Polizisten mit Maschinenpistolen und eingezäunte Märkte kann man Bürgern und ihren Kindern zutrauen. Auffälligen Asylwerber kann man keinen Bauzaun zutrauen.

02.12.18 06:16

„Schutzbedürftige“ Schläger und Drogenhändler stehen bei gewissen Journalisten höher im Ansehen als der „gemeine Österreicher“.

Esistoarg

@norstabu



Wenn es gegen die FPÖ geht, hängt es den Journalisten hier das Hirn aus. Da wird sofort von Freiheitsentzug und Grundrechtsverletzung halluziniert.

30.11.18 23:40

Das nennt die Wissenschaft den „Pawlowschen Reflex“.

WHATSAPP



1 Jahr FPÖ in der Bundesregierung...

...und 2019 fährt der rot-weiß-rote Reformzug zügig weiter!



Steuerreform, damit arbeitende Menschen mehr zum Leben haben.

Pflege, damit die Versorgung der älteren Mitbürger gesichert ist und sie jene Hilfe bekommen, die sie benötigen.

Digitalisierung, um als kleines Land in einer globalisierten Welt vorne mithalten zu können.

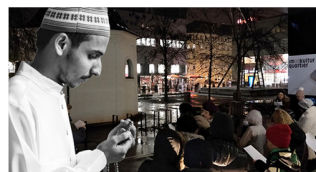
GEFÄLLT MIR



HC Strache

04.12.2018

Mitten in Linz ertönen zur Adventszeit jetzt muslimische Muezzin-Gesänge! Am Wochenende protestierten zahlreiche Christen mit Weihnachtsliedern gegen die umstrittene „Kunst-Aktion“.



Muezzin in Linz: Christen protestieren mit friedlichen Liedern
Der 1. Adventssonntag soll besinnlich sein. Die Rufe eines muslimischen...

1.376 Personen gefällt das.

Wie wäre es mit Glockengeläute während des Haddsch in Mekka als „Kunst-Aktion“?

ORF-Nachrichten: Kein Gedanke an journalistische Qualitätskriterien

Haarsträubendes beim „ZiB-2“-Interview mit Gottfried Waldhäusl

Nach dem Objektivitätsgebot werden in den ORF-Nachrichtensendungen auch alle journalistischen Qualitätskriterien über Bord geworfen.

Gottfried Waldhäusl ist FPÖ-Politiker und damit Feindbild der TV-Nachrichtenabteilung unter dem SPÖ-Veteranen Fritz Dittlbacher. Nur so kann man es verstehen, dass der FPÖ-Landesrat im „ZiB-2-Interview“ mit von der Redaktion ungeprüften Fremdbehauptungen in das Eck gedrängt werden sollte, in das man die FPÖ nur allzu gerne hinstellen versucht, nämlich ins rechte Eck, gleich neben, oder besser, gleich zu den Nazis.

Eigene Recherche?

So konfrontierte die Moderato-



„Gestehen Sie, Herr Waldhäusl!“ - Der Interviewstil der „ZiB 2“.

rin Waldhäusl mit Vorwürfen der kleinkriminellen Asylwerber oder der NGO „asylkoordination“ zu den angeblichen haftähnlichen Bedingungen in Drasenhofen.

Waldhäusls Erklärungen schienen sie nicht zu interessieren, da diese der Intention des Interviews, Waldhäusl als Gesetzesbrecher hinstellen, zuwiderliefen. Statt an

Fakten orientierte sich die Moderatorin an Hörensagen-Geschichten, Mutmaßungen über den seelischen Zustand der Jugendlichen („möglichlicherweise traumatisiert“) oder der Unterscheidung zwischen bedingter und unbedingter Haftstrafe.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als ideologischer Belehrfunk abgehobener linker Elitärer.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Gottfried Waldhäusl erwuchs dem „Standard“ zum „Liebling des Monats“, dessen Rücktritt das Blatt unbedingt herbeischreiben wollte. So auch in einem „Fakten-Check“ zum Asylheim Drasenhofen. Da wird

etwa Klaus Schwertner, Generalsekretär der Caritas Wien, bemüht, um die „Kinder“ als „subsidiär schutzberechtigt“ darzustellen die lediglich

FPÖ dreht Adventskalender für guten Zweck um

Niederndorf – Normalerweise öffnet man bei Adventskalendern jeden Tag ein Türchen und entnimmt ein Geschenk – die FPÖ in Niederndorf geht den umgekehrten Weg und ruft zur Beteiligung auf. Gesammelt werden halbbare Lebensmittel, Getränke und

orientiert.

Für einen guten Zweck „dreht“ die Tiroler FPÖ-Ortsgruppe Niederndorf den „Adventskalender um“, berichtet die „Tiroler Tageszeitung“. Statt aus diesem Tag für tag Geschenke zu entnehmen, rufen die Freiheitlichen täglich zu Spenden für Bedürftige auf.



Das neue Magazin

- Kompakt und topaktuell informiert
- In regelmäßigen Abständen
- Ideal am Handy abrufbar (Hochformat)

Bleib informiert auf [f/fpoe](https://www.facebook.com/fpoe)

FPÖ TV
Direkt



Weihnachtsausstellung mit sozialem Zweck

Der Osttiroler FPÖ-Nationalrat Gerald Hauser setzt auch heuer die Kooperation mit dem Lienzer Galeristen Christian Pramstaller fort. In dessen „IN-N art gallery“ in der Innsbrucker Herzog Friedrich-Straße werden Werke der renommierten kroatischen Künstler Stjepan Hajduk, Danica Klopota und Stjepan Pongrac ausgestellt. Diese haben einen 60 Zentimeter hohen Christ-

baum vorbereitet, der mit von ihnen bemalten Kugeln geschmückt und zum Kauf angeboten wird. Weitere bemalte Christbaumkugeln können einzeln erworben werden. Ein Fünftel der Verkaufspreise wird für das Sozialprojekt „Rasche Hilfe für in Not geratene Tiroler“ verwendet. Öffnungszeiten: jeden Donnerstag und Freitag von 15 bis 18 Uhr und nach telefonischer Voranmeldung.



Soziales Engagement: Christian Pramstaller (links) und Gerald Hauser.



Die IFF-Schärding Damen Waltraud Probst, Karoline Zahlberger und Gudrun Grüneis mit ihren diesjährigen Ehrengästen.

Adventstammtisch der IFF des Bezirkes Schärding

Beim jährlichen Bezirks-Adventstammtisch der Freiheitlichen Frauen Schärding durften die Ortsobfrau von Kopfung Gudrun Grüneis, sowie die stellvertretende Bezirksobfrau Waltraud Probst wieder über 80 Damen beim „Kirchenwirt“ in Kopfung begrüßen, sowie die Ehrengäste Bundesrat Thomas Schererbauer, National-

ratsabgeordneter Bezirksparteiobmann Hermann Brückl und Landesrat Elmar Podgorschek. Diese erteilten aktuelle Informationen aus dem Bundesrat, Nationalrat sowie aus dem Landtag. Bei köstlichen, selbstgebackenen Keksen, wunderschönen weihnachtlichen Tombola-Preisen war es wieder ein sehr unterhaltsamer Abend.

„LINZ im Advent“ mit Sylvia Preu

am Freitag, 14. Dezember 2018
Abfahrt: 8:00 Uhr in Salzburg am Ginzkeyplatz
Ankunft in Salzburg: ca. 19:00 / 19:30 Uhr



Unkostenbeitrag von 15 Euro
Anmeldung bis spätestens Montag, 10. Dezember 2018
bei Gaby Haas - Tel.: 0664 - 185 80 86
Eine Reise des SSR Salzburg-Stadt

2. Simmeringer Christkindlmarkt

24. Nov. - 23. Dez. 2018
DO bis SO von 14 - 21 Uhr
am Enkplatz vor der Kirche
mit stimmungsvollem Rahmenprogramm

Kulinarik von Simmeringer Betrieben	Kunsthandwerk & Weihnachtliches Allerlei
Christkindlwerkstatt für Kinder mit Keksbacken jeden Sa und So von 14-18 Uhr	Kutschenfahrten jeden Sa und So von 15-18 Uhr für Kinder gratis Erwachsene pro Fahrt 2,50 Euro

Wir danken unseren Sponsoren: Die Simmeringer Nationalräte Nico Marchetti und Harald Stefan

Veranstaltung gefördert von der Kulturabteilung der Stadt Wien über das Simmeringer Bezirksbudget

2019

Harald
Vilimsky

Heinz-Christian
Strache

Johann
Gudenus

Einladung zum traditionellen
**NEUJAHRSS
TREFFEN**

Samstag, 19. Jänner 2019

Messe Wien · Halle A/7-9 · Messeplatz 1 · 1021 Wien

Einlass: 09.30 Uhr · Beginn: 10.00 Uhr

—
10.00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“

11.00 Uhr: Begrüßung durch **Johann Gudenus**, Gf. Landesparteiobmann

11.15 Uhr: Rede **Harald Vilimsky**, EU-Abgeordneter

11.30 Uhr: Rede **Heinz-Christian Strache**, Vizekanzler

—
Wir freuen uns auf euer Kommen!

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI